

Antrag 1: Gut und solidarisch wohnen - in Land und Region**Antragsteller:** Jusos Rhein-Neckar (eingegangen am 20.01.2016)**Empfänger:** Kreismitgliederversammlung der SPD Rhein Neckar, zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg**Der Kreisparteitag möge beschließen:**

Schon seit langem gibt es in Deutschland, und ganz besonders in Baden-Württemberg und in der Rhein-Neckar-Region einen Mangel an bezahlbarem Wohnbau. Als Maßnahmen gegen dieses Problem fordern wir folgende Maßnahmen:

1. Mehr Überkommunale Zusammenarbeit bei der Planung von Großer Wohnprojekte in der Region.
2. Eine Ausweitung des Landeswohnbauprogramms, vor allem für geförderten Mietwohnungsbau.
3. Gerade hier in der Rhein Neckar Region ein regionales Wohnbauprogramm, das auch über Länder und Kreis Grenzen hinausgeht
4. Die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für Wohnbaugenossenschaften.

Begründung:

Schon seit Jahren ist zu beobachten, dass Wohnraum in attraktiven Gegenden immer teurer wird, und gerade Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen fehlt. Diese Entwicklung verschärft sich, gerade angesichts der hohen Zahl geflüchteter Menschen, die in den letzten Jahren bei uns Schutz suchen. Jedoch ist die hohe Anzahl geflüchteter Menschen nicht verantwortlich für diese Entwicklung. Viel mehr liegt darin die Chance neuen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hierfür ist es aber notwendig, dass die Planung dafür nicht an Gemeinde oder Kreisgrenzen endet, sondern auch in Regionalverbänden, und in Raumordnungsregionen geführt wird.

Gleichsam sehen wir in der Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für kommunale Wohnbaugenossenschaften einen bedeutenden Schritt hin zu mehr bezahlbarem Wohnbau.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in veränderter Form:

Z. 9: Ersetze „Überkommunal“ durch „interkommunal“

Z. 9: ersetze "bei der Planung von Großer Wohnprojekte"
neu: "bei der Planung großer Wohnprojekte"

Z. 13: Ersetze Rhein Neckar Region durch Region Rhein-Neckar

Antrag 2: Medien Integration als öffentlicher Auftrag**Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar (eingegangen am 24.03.2016, lt. §4,6 des Kreisstatuts

entscheidet der Kreisparteitag über Behandlung bzw. Vertagung, oder Überweisung an den Kreisvorstand)

Empfänger: SPD Rhein-Neckar zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg, SPD-Landtagsfraktion**Der Kreisparteitag möge beschließen:**

Die Jusos Rhein-Neckar fordern die SPD auf, sich politisch für mehrsprachige Nachrichtenformate in den öffentlich rechtlichen Medien einzusetzen, um der Vielsprachigkeit in der Bevölkerung gerecht zu werden, Aufklärungsarbeit zu leisten und eine demokratische Alternative gegenüber Propagandainstrumenten anderer Länder in Deutschland anzubieten. Zu fokussieren im Kontext der Einwanderungswellen der letzten Jahren sind insbesondere: Russisch, Türkisch und Arabisch

Begründung:

Gerade in Zeiten in denen Verschwörungstheorien Aufwind haben, und nicht vertrauenswürdige Medien versuchen gezielt Desinformationen zu streuen, ist es wichtig dass der öffentliche

43 Rundfunk seinem Bildungsauftrag nachkommt. Um alle in Deutschland lebenden Menschen zu
44 erreichen, muss es mehrsprachige Formate geben. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Um
45 diese Realitäten anzuerkennen braucht es Nachrichtenformate in mehreren Sprachen, ver-
46 gleichbar mit der Tageschau in Gebärdensprache. Darüber hinaus kann es auch mediale Forma-
47 te im Internet geben in deutscher Sprache mit freiwählbaren Untertiteln.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in veränderter Form:

Z. 34 neu: „Die SPD setzt sich politisch für ... ein“

Z. 35: Ersetze „um der Vielsprachigkeit in der Bevölkerung gerecht zu werden,“
durch „um vielsprachig“

Z. 39: Ergänze am Ende „in zweisprachigen (deutsch/andere) Programmen, um die Integration
der Einwanderer zu erleichtern.“

48 **Antrag 3:** **Wir ziehen's durch. - Cannabis legalisieren!**

49 **Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar (überwiesen vom Kreisparteitag am 14.11.2015)

50 **Empfänger:** SPD Rhein-Neckar

51 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

52 Wir setzen uns für die Legalisierung des Konsums sowie des Besitzes und privaten Anbaus von
53 Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen ein. Darüber hinaus
54 sollen der kommerzielle Anbau, Handel und die Verarbeitung von und mit Cannabis und Can-
55 nabisprodukten unter strenger staatlicher Kontrolle legalisiert werden.

56 Mit der Neuregelung beim Umgang mit Cannabis beenden wir die gescheiterte Verbotspolitik,
57 entziehen dem Schwarzmarkt die Grundlage und entlasten Gerichte und Strafverfolgungsbe-
58 hörden von unnötigen Verfahren. Wir setzen auf einen eigenverantwortlichen und bewussten
59 Umgang mit Cannabisprodukten und werden durch entsprechende Begleitregelungen einen
60 effektiven Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuerein-
61 nahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und Suchhilfe verwendet werden. Die
62 medizinische Nutzung von Cannabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Patienten
63 unter gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen.

64 Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen.
65 Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das
66 im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte „Bremer Modell“ betrachten wir als
67 vorbildhaft und wollen es bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer
68 ausdehnen.

69 **Begründung:**

70 **Die Verbotspolitik ist gescheitert**

71 Nach offiziellen Schätzungen haben mindestens 13 Millionen BundesbürgerInnen in ihrem
72 Leben bereits Cannabis konsumiert, darunter 2,8 Millionen im vergangenen Jahr. Diese Zahlen
73 zeigen, dass das Verbot von Cannabisprodukten nicht geeignet ist, den Konsum effektiv zu
74 unterbinden. Deutlich wird darüber hinaus, dass das Cannabisverbot breite Bevölkerungsschichten
75 kriminalisiert, ohne dass von den Betroffenen eine Schädigung oder Gefährdung
76 Dritter ausgeht. Die bestehende Verbotspolitik muss deshalb nicht nur als gescheitert betrach-
77 tet werden, sie greift auch unverhältnismäßig in das Recht auf Selbstbestimmung erwachsener
78 KonsumentInnen ein, die Cannabis in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewusst und verantwortungsvoll
79 konsumieren. Die Erfahrungen mit der Legalisierung von Cannabis im internationalen
80 Kontext, z.B. in einigen US-Bundesstaaten und den EU-Ländern Tschechien und Portugal,
81 belegen die positiven Potentiale und die Machbarkeit eine verantwortungsbewussten Umset-
82 zung.

Schwarzmarkt die Grundlage entziehen

83 Mit der Legalisierung wollen wir den Schwarzmarkt bekämpfen und der organisierten Krimina-
84 lität im Bereich des Cannabishandels die Grundlage entziehen. Polizei, Staatsanwaltschaften
85 und Gerichte würden durch die wegfallende Strafverfolgung von KonsumentInnen wesentlich
86 entlastet. So wurden seit 2001 jährlich mehr als 100.000 Cannabisdelikte im konsumnahen
87 Bereich registriert, allein im Jahr 2012 erfasste das Bundeskriminalamt z.B. 134.739 Verfahren
88 im Zusammenhang mit Anbau, Besitz und Handel von Cannabis und Cannabisprodukten. Be-
89 reits heute werden 95% dieser Verfahren als Bagatelldelikte eingestellt. Die dadurch gebunden-
90 en personellen und finanziellen Ressourcen sollten auf wichtigere Ermittlungstätigkeiten
91 konzentriert werden.
92

93 Cannabis ist keine Einstiegsdroge - sie wird durch die Prohibition dazu gemacht. Der unregu-
94 lierte, illegale und dennoch weit verbreitete Handel mit Cannabisprodukten bringt Konsumenten-
95 Innen und DealerInnen in Kontakt und schafft damit erst den Zugang zu anderen Drogen. In-
96 dem die aktuelle Rechtslage KonsumentInnen von Cannabisprodukten in die Illegalität drängt,
97 begünstigt sie zudem die Entstehung von Beschaffungskriminalität. Diesen Zustand wollen wir
98 im gesamtgesellschaftlichen Interesse und im Interesse der KonsumentInnen beenden.

99 Statt weiter erhebliche staatliche Mittel in die ineffektive Aufrechterhaltung der Prohibition zu
100 investieren, sollen künftig durch die reguläre Besteuerung von Cannabisprodukten in Verbin-
101 dung mit einer Cannabissteuer staatliche Einnahmen generiert werden, die nach seriöse Schät-
102 zungen in Deutschland zwischen 1 und 2 Mrd. Euro jährlich liegen könnten. Diese sind vorran-
103 gig in die Drogenprävention und Suchtberatung sowie für gezielte Maßnahmen zur gesund-
104 heitlichen Aufklärung und zur Information über einen möglichst risikoarmen Umgang mit Dro-
105 gen aller Art und den damit verbundenen Gefahren zu investieren.

KonsumentInnen schützen - Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz gewährleisten

107 Mit unserer Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabis verfolgen wir das Ziel, einen be-
108 wussteren und risikoärmeren Konsum zu ermöglichen. Durch die Illegalisierung von Cannabis
109 und seinen Produkten ist eine wirksame Kontrolle des Stoffes derzeit nicht möglich. Insbeson-
110 dere die Beimischung von Streckungsmitteln zur Profitsteigerung auf dem Schwarzmarkt ge-
111 fährdet Konsumierende in unverantwortlicher Weise. Oft werden z.B. Haarspray oder Zucker
112 verwendet, es sind in der Vergangenheit aber auch wiederholt Fälle von Bleivergiftungen in
113 Folge des Konsums verunreinigten Cannabis' aufgetreten. Diesem unhaltbaren Zustand wollen
114 wir mit einer staatlichen Kontrolle der Produktqualität und der verpflichtenden Kennzeichnung
115 der Inhaltsstoffe begegnen. Zur Sicherstellung eines effektiven Verbraucherschutzes plädieren
116 wir deshalb für eine strenge staatliche Kontrolle der gesamten Anbau-, Produktions- und Han-
117 delskette.

118 Um einen angemessenen Jugendschutz zu gewährleisten, soll die Abgabe von Cannabispro-
119 dukten nur in speziell lizenzierten Ausgabestellen mit entsprechender Beratung erfolgen dür-
120 fen, welche durch Ausweis- und Zutrittskontrollen die Abgabe an Minderjährige auszuschlie-
121 ßen haben und sich nicht im Umkreis von Schulen und Jugendeinrichtung befinden dürfen.
122 Zudem sollen Cannabisprodukte mit einem Werbeverbot belegt werden.

123 Während die Prohibition einen problem- und lösungsorientierten Umgang mit Nebenwirkun-
124 gen und Suchtpotentialen des Cannabiskonsums behindert, ermöglichen wir mit der kontrol-
125 lierte Ausgabe eine gezielte Aufklärung und damit ein größeres Bewusstsein für mögliche Ge-
126 fahren auf Seiten der KonsumentInnen. Die Entkriminalisierung erleichtert eine glaubwürdige
127 und objektive Beratung, welche Risiken ernst nimmt, ohne in Skandalisierung zu verfallen. In
128 Verbindung mit dem durch zusätzliche Steuereinnahmen möglichen Ausbau von Suchtbera-
129 tungs- und Präventionsangeboten ließe sich die Bekämpfung von durch Cannabiskonsum in-
130 duzierten Problemen wesentlich verbessern.

Medizinische Nutzung ermöglichen

Die Legalisierung von Cannabis bietet auch aus medizinischer Sicht große Chancen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass THC, der Rauschstoff des Cannabis, einen großen Nutzen in der Medizin haben kann. Es wirkt schmerz- und krampflindernd und wird heute schon in der Krebstherapie, aber auch bei Parkinson oder Tourette verwendet. Durch das Nutzen dieser Produkte kann oftmals auf chemische Produkte mit erheblichen Nebenwirkungen verzichtet werden. Durch die Legalisierung von Cannabis kann vielen Menschen in Deutschland die medizinische Behandlung erleichtert werden.

Dabei soll garantiert werden, dass der Zugang allen PatientInnen ermöglicht wird, bei denen medizinisches Cannabis nach ärztlichem Ermessen sinnvoll ist und dem PatientInnenwunsch entspricht. ÄrztInnen dürfen dabei aber nicht zu Ersatz-DealerInnen werden. Die Ausgabe soll deshalb rechtssicher erfolgen können und gleichzeitig streng reglementiert und kontrolliert werden.

Empfehlung der Antragskommission: inhaltlich keine Empfehlung
Empfänger neu: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antrag 4: Einsatz von qualifizierten Berufsgruppen in Schule und Weiterbildung – bessere Bezahlung

Antragsteller: AfB Rhein-Neckar (eingegangen am 30.03.2016, lt. §4,6 des Kreisstatuts entscheidet der Kreisparteitag über Behandlung bzw. Vertagung, oder Überweisung an den Kreisvorstand)

Empfänger: SPD-Gemeinderatsfraktionen, SPD-Landtagsfraktion

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert die SPD-Gemeinderatsfraktionen und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die komplexer werdenden Bildungsinhalte fachgerecht zu unterstützen, indem auch Fachkräfte an Schulen eingesetzt werden, die nicht zwingend ein Lehramtsstudium abgeschlossen haben müssen. Im Einzelnen handelt es sich nach aktuellen Anforderungen um:

- Sozialpädagogen - Medienpädagogen
- DAZ/ DAF (Deutsch als Zweitsprache/Fremdsprache) Lehrkräfte
- Berufsorientierung

Für den Erfolg von Integrationskursen fordern wir die Anerkennung vereinfachter DaF- oder DaZ-Zertifikate, mit deren Hilfe auch Personen mit einem nicht-pädagogischen oder nicht-philologischen Abschluss schneller als bisher in Integrationskursen unterrichten dürfen.

Begründung:

Von den alleine in den Schulklassen tätigen Lehrkräften kann nicht erwartet werden, das breite Spektrum an Anforderungen unserer komplexer und heterogener werdenden Gesellschaft abzudecken. Ganztagschule, Inklusion und Berufsorientierung fordern den Einsatz zusätzlichen Personals an Schulen. Die oben genannten Berufsgruppen arbeiten schon lange mit, an zentralen Bausteinen zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit. Deshalb sind multiprofessionelle Teams an Schulen und in der Weiterbildung unerlässlich.

Insbesondere ist eine beschleunigte Qualifizierung von Lehrkräften die beste Voraussetzung für den Erfolg der vielen anstehenden Integrationskurse für Flüchtlinge. Deshalb fordern wir auch für nicht-pädagogische Abschlüsse verkürzte Lehrgänge zu DAZ/ DAF Lehrkräften.

Medienpädagogik:

Die Angebote vom Landesmedienzentrum und vom Stadtmedienzentren beschränken sich meist präventive Maßnahmen, die auch nur selten von Schulen genutzt werden. Ganz ähnlich verhält es sich mit Fortbildungen der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals. Diese Frei-

176 willigkeit, begünstigt einen Mangel an notwendiger Kompetenz, um die Anforderungen abzu-
177 decken.

178 Aufgrund der Mobilisierung digitaler Medien, verfügen viele Schüler nicht mehr über ausrei-
179 chende IT-Ausstattungen und über ausreichende Handlungskompetenzen. Vor allem Schüler
180 aus bildungsbenachteiligten Familien, sind meist nicht in der Lage, einfache Office Anwendun-
181 gen zu nutzen. Medienkompetenz wird schon seit vielen Jahren als zentrale Kulturtechnik be-
182 griffen, jedoch nur von Bildungsoberschichten als solche genutzt. Folglich muss es die Aufgabe
183 der Schulen sein, diese fehlenden, aber notwendigen Kompetenzen verbindlich zu vermitteln,
184 um im Kontext der Digitalisierung nicht weitere Benachteiligungen zu begünstigen.

185 **Deutsch als Zweit-/ Fremdsprache:**

186 Der aktuelle Bedarf an Lehrkräften mit dieser Qualifikation ist hoch. Im Kontext der Globalisie-
187 rung und steigenden Zuwanderung wird der Bedarf auch weiter steigen. Folglich ist mit stetig
188 wachsendem Lehrkraftmangel in diesen Unterrichtsfächern zu rechnen.

189 Die Integrationskurse für Asylbewerber zum Beispiel bestehen aus 600 Stunden Sprachunter-
190 richt und 60 Stunden Orientierungskurs zu Geschichte, Kultur, Alltag, Recht und dem politi-
191 schen System in Deutschland. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zahlt den
192 Sprachschulen 2,94 Euro je Teilnehmer und Kursstunde. Dies sei keinesfalls kostendeckend,
193 bemängelt die GEW. Die AfB fordert deshalb höhere Beträge und für die Dozenten ein Min-
194 desthonorar oberhalb von 30 Euro pro Stunde. Aktuell liegt das Stundenhonorar im Mittel bei
195 25 Euro. Davon müssen die Honorarkräfte Renten- und Krankenversicherung komplett selbst
196 finanzieren und Geld für die unbezahlten Urlaubs- und Krankentage zurücklegen. Kündigung-
197 schutz gibt es nicht, nur Fristverträge.

198 **Berufsorientierung**

199 Seit dem letzten Bildungsplan, werden Berufsorientierungsfächer an Schulen unterrichtet. Bei
200 den Lehrkräften handelt es sich meist um fachfremdes Personal, welches parallel zur Unter-
201 richtstätigkeit auch für die Vermittlung und Betreuung zahlreicher Schüler in Praktika und
202 Ausbildung verantwortlich ist. Dadurch folgt unweigerlich entweder eine Überlastung, oder die
203 mangelnde Wahrnehmung der Aufgabe. Die Mitarbeiter der Arbeitsagentur, sind für so viele
204 Schulen gleichzeitig verantwortlich, dass eine intensive Begleitung nicht möglich ist. Angebote
205 von Trägern sind meist zeitlich und schulformabhängig begrenzt und mit einer hohen Fluktua-
206 tion verbunden.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in veränderter Form:
Z. 160: Ergänze „anders qualifizierte“ vor „Personen“